

Niederschrift über die 26. Sitzung des Kreistages
Unstrut-Hainich-Kreis vom 21. Februar 2023

Tagungsort: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, Barbaraheim
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Sitzungsleitung: stellvertretender Kreistagsvorsitzender, Herr Jörg Klupak
Schriftführung: Büro Kreistag

Anwesenheiten:

Landrat, Harald Zanker

- **CDU-Fraktion:**
Holzapfel, Elke
Hunstock, Manfred
Kühler, Tobias
Lehmann, Annette
Lutze, Karsten
Mascher, Reinhard
Roth, Hans-Joachim
Dr. Scharf, Eberhard
Schmalz, Jeremi
Zunke-Anhalt, Klaus

- **SPD-Fraktion:**
Dr. Bruns, Johannes (bis 19:00 Uhr)
Gött, Jürgen
Henning, Andreas (bis 18:49 Uhr)
Kleemann, Dagmar
Klupak, Jörg
Niebuhr, Matthias
Shevchenko, Oleg

- **AfD-Fraktion**
Görbig, Iven
Kleinschmidt, Angelika
Kleinschmidt, Detlef
Kunze, Jens
Lindner, Andreas

- **Fraktion Freie Wähler-Unstrut-Hainich**
Montag, Karl-Josef
Reinz, Matthias
Riemann, Jan (bis 17:56 Uhr)
Zehaczek, Uwe
- **Fraktion DIE LINKE**
Eger, Cordula
Kubitzki, Jörg
Ortmann, Monika
Rebenschütz, Anja
- **Fraktion B'90 / DIE GRÜNEN**
Gaßmann, Tino
Schlegel, Edgar
- **FDP-Fraktion**
Boeücke, Bastian
Groß, Marko
Dr. Kappe, Alexander
- **entschuldigt gefehlt:**
Conrad, Matthias
Croll, Jane
Wacker, Martin
Zanker, Claudia
Sell, Stefan
Wronowski, Torsten
Reidat, Jens
- **unentschuldigt gefehlt:**
Poppner, Ronny Hermann
Ahke, Thomas
Pollak, Petra
Kirchner, Björn Guido
- **Verwaltung**
Frau Engelhardt-Schütze, FBL 1
Frau Junker, Kreistagsbüro
Frau Zimmermann, Kreistagsbüro
Herr Mock, Webmaster
Herr Junker, FD Informationstechnik
Herr Grabe, Ronny, FD Informationstechnik
Frau Richardt, Maja, FDL Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
Frau Jünemann, Antje, FDL Finanzen
Frau Sy, Marion, FDL Straßenverkehr

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Bestätigung der Tagesordnung
- 5 Information und Beratung über den aktuellen Stand der Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises
- 6 Information und Beratung über die geplanten Schulschließungen / Änderungen der Schulnetzplanung

Zum TOP 01

Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Kreistagsvorsitzende, Herr Klupak, eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Herr Klupak bat die Anwesenden aufzustehen. In Gedenken an das verstorbene Kreistagsmitglied Thomas Kretschmer wolle man einen Moment innehalten.

Die Kreistagsmitglieder erhoben sich für eine Schweigeminute und gedachten dem verstorbenen Kreistagsmitglied Herrn Thomas Kretschmer.

Herr Klupak gab bekannt, dass mit Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und aus den Reihen der Kreistagsmitglieder von FDP und Freie Wähler Unstrut-Hainich, eingegangen im Kreistagsbüro am Freitag, 27. Januar 2023, eine Infoveranstaltung des Kreistages bis zum 06. Februar 2023, ersatzweise eine Sondersitzung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Unstrut-Hainich-Kreises mit Information über folgende Themen beantragt worden sei:

1. den aktuellen Stand der Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises
2. die geplanten Schulschließungen / Änderungen der Schulnetzplanung
3. Beratung über die beiden zuvor genannten Punkte

Der Antrag wurde mit 17 Unterschriften eingereicht.

Nach Eingang des o. g. Antrages wurde noch am gleichen Tag der Kreistag zur heutigen Sondersitzung eingeladen.

Weiterhin informierte Herr Klupak, dass ihm im Vorfeld der Sitzung von den beiden Schulen, dem Förderzentrum in Bad Langensalza und dem Seiler-Gymnasium in Schlotheim Unterschriftensammlungen übergeben worden seien. Insgesamt seien bis zum heutigen Tag 8.000 Unterschriften eingereicht worden. Er wurde gebeten, diese Unterschriftensammlungen der Verwaltung zur weiteren Prüfung und Veranlassung zu übergeben, was er hiermit tun möchte.

Herr Klupak übergab die Akten an das Kreistagsbüro.

Zum TOP 02

Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern

Herr Klupak merkte an, dass heute zwei neue Kreistagsmitglieder zu verpflichten seien:

- Herr Jonas Urbach, CDU-Fraktion, habe zum 14. November 2022 sein Kreistagsmandat niedergelegt. Als Nachrücker habe Herr Tobias Kühler am 18. November 2022 sein Kreistagsmandat angenommen. Er bitte Herrn Kühler nach vorn.

Der Landrat verpflichtete Herrn Kühler gemäß § 103 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung in folgendem Wortlaut:

„Ich verspreche, ich werde meine Pflichten als Kreistagsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren, so wahr mir Gott helfe.“

Anschließend verpflichtete der Landrat gemäß § 103 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung Herrn Kühler zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten.

- Herr Thomas Kretschmer, CDU-Fraktion, sei am 09. Januar 2023 verstorben. Als Nachrücker habe Herr Manfred Hunstock am 25. Januar 2023 sein Kreistagsmandat angenommen. Herr Hunstock werde nach vorn gebeten.

Der Landrat verpflichtete Herrn Hunstock gemäß § 103 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung in folgendem Wortlaut:

„Ich verspreche, ich werde meine Pflichten als Kreistagsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren, so wahr mir Gott helfe.“

Anschließend verpflichtete der Landrat gemäß § 103 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung Herrn Hunstock zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten.

Zum TOP 03 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Klupak gab bekannt, dass sich derzeit 35 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Der Landrat stellte im Namen der Verwaltung einen Antrag auf Drehgenehmigung:

Mit E-Mail vom Freitag, den 17. Februar 2023 beantragte der MDR Thüringen, das Thüringen-Journal, eine Drehgenehmigung für die Sitzung des Kreistages am heutigen Tag. Gemäß § 26 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises ist das Anfertigen von Film- und Tonbandaufzeichnungen durch Dritte nur zulässig, wenn der Kreistag dies einstimmig beschließt.

Daher stelle die Verwaltung den Antrag auf Drehgenehmigung für die heutige Sitzung für das MDR Thüringen.

Herr Klupak wies darauf hin, dass für diesen Antrag eine Einstimmigkeit notwendig sei. Er rief zur Abstimmung über den Antrag auf. Der Antrag wurde mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zum TOP 04 **Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Zunke-Anhalt stellte, abweichend vom Antrag den die CDU-Fraktion und weitere Kreistagsmitglieder eingereicht haben, aufgrund der vielen Zuschauer, die heute da seien, wahrscheinlich wegen der Schulnetzplanung, den Antrag die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zu tauschen.

Der Landrat redete gegen diesen Geschäftsordnungsantrag. Er merkte an, auch wenn ihm bewusst sei, dass die Gegenrede nicht zum Applaus und nicht zur Mehrheit im Kreistag führe, wolle er sie trotzdem halten:

Die Verwaltung musste schon den Antragstellern dabei helfen, überhaupt diese Sondersitzung einzuberufen. Wie die Kreistagsmitglieder mitbekommen haben, habe die Verwaltung neben Haushaltsplanung, Haushaltssicherungskonzept und Bedarfszuweisung trotzdem alles für die heutige Sitzung vorbereitet. Man habe alles getan, damit der Verwaltung keine Vorwürfe gemacht werden können. Alle möglichen Alternativtermine, wie Rosenmontag oder Ferienzeit, habe man beachtet.

Da die Verwaltung immer noch ihre Arbeit ernst nehme, habe man einen Bericht vorbereitet, den er halten wolle. Dieser Bericht beinhalte im Ablauf beide Tagesordnungspunkte, da diese im direkten Zusammenhang stehen.

Er gehe aber davon aus, dass der Kreistag dem Antrag zustimmen werde. Trotzdem werde er es hinbekommen, seinen Redebeitrag zu halten.

Der Landrat bat, Folgendes wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen:

„dass dann zum Teil des Haushaltes noch alle Kreistagsmitglieder da sind und dass auch die Eltern und Schüler mit zu diesem Tagesordnungspunkt bleiben, denn wir können über alles reden, aber noch muss alles bezahlt werden. Die Lehrer sind nicht kostenlos, die Firmen sind nicht kostenlos und insofern ist Geld das Hauptthema.“

Er stelle den Antrag, an der ursprünglichen Tagesordnung festzuhalten.

Herr Klupak rief zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion auf, die Tagesordnungspunkte 05 und 06 zu tauschen. Der Antrag wurde mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Klupak rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Sie wurde mehrheitlich mit 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Bestätigung der Tagesordnung
- 5 Information und Beratung über den aktuellen Stand der Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises
- 6 Information und Beratung über die geplanten Schulschließungen / Änderungen der Schulnetzplanung

Zum TOP 05

Information und Beratung über den aktuellen Stand der Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises

Der Landrat stellte den Antrag, da diese Themen Haushalt und Schulnetzplanung in direktem Zusammenhang stehen und das haben ja auch die Antragsteller festgestellt, seinen kompletten Vortrag zusammen halten zu können. Er hoffe, auch zur Versachlichung der Diskussion, dass die Gäste so lange wie möglich anwesend bleiben. Er bitte darum und beantrage, zu beiden Tagesordnungspunkten zusammen vortragen zu dürfen.

Herr Klupak rief zur Abstimmung über diesen Antrag auf. Der Antrag wurde mehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen.

Der Landrat trug nun zu beiden Tagesordnungspunkten vor:

Zum TOP 05

Information und Beratung über den aktuellen Stand der Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises

Zum TOP 06

Information und Beratung über die geplanten Schulschließungen / Änderungen der Schulnetzplanung

Der Landrat führte anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich zu folgenden Punkten aus:

- Teil 1: Haushaltsplanung 2023
 - Haushaltsaufstellung 2023
 - Erläuterungen zu abweichenden Planansätzen gegenüber 2022 (Auszug)
 - Mehrausgaben FD Personal
 - Mehrausgaben FD Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Bereiche Schulen, Allgemeine Dienste, Liegenschaften
 - Mehrausgaben FD Informationstechnik
 - Mehrausgaben FD Sicherheit, Ordnung und Migration
 - Mehrausgaben FD Straßenverkehr, Bereiche Kfz-Zulassung, Sonstige Verwaltungs- und Genehmigungsgebühren, Schülerbeförderung, ÖPNV
 - Mehrausgaben FD Familie und Leistung
 - Mehrausgaben FD Soziales
 - Beispielhafte Darstellung zusätzlicher Kostensteigerung in den Fachdiensten verbunden mit Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit dem Ukraine-krieg (Erstattung offen)
 - Erfordernis Bedarfszuweisung und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
 - Zeitplan zum Haushalt 2023 i. V. m. Gesprächen zu schulorganisatorischen Maßnahmen

- Prüfungsergebnis zum Haushalt 2023 und Folgejahre
 - Investitionen (VWH/VMH) Bereich Schulen
 - Aktuell laufende große Schulbaumaßnahmen
 - Was bedeutet „Stopp“ für die Maßnahmen?
 - Prüfungsergebnis zum Haushalt 2023 und Folgejahre
- Teil 2: Teilfortschreibung Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2023/2024

Staatliches Förderzentrum „An der Salza“ Bad Langensalza

Das staatliche Förderzentrum „An der Salza“ in Bad Langensalza soll zum Schuljahresende 2022/2023 am 31.07.2023 geschlossen werden. Ab dem Schuljahr 2023/2024 sollen die Schülerinnen und Schüler aus Bad Langensalza am staatlichen Förderzentrum Pestalozzi Mühlhausen unterrichtet werden.

Im Schulteil I - Johannistal - sollen die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 9 und im Schulteil II -Rosenhof - sollen die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 4 bis zum Schuljahresende 2023/2024 beschult werden. Danach soll der Primarschulteil ebenfalls dem Schulteil I im Johannistal angegliedert werden.

Die Gebäude des FÖZ „An der Salza“ sowie des Schulteil II des FÖZ Pestalozzi einschließlich den dazugehörigen Grundstücken sollen im Hinblick auf die Fortschreibung des HSK und der damit zusammenhängenden Bedarfszuweisungen veräußert werden.

Die Entscheidung über die Teilfortschreibung des Schulnetzplanes wird mit den Bestimmungen des Thüringer Schulgesetzes wie folgt begründet:

Gemäß § 41 Abs. 2 Thüringer Schulgesetz vom 01.08.2021 sollen Schulen eine Größe haben, die eine Differenzierung des Unterrichts ermöglicht und einen zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Ressourcen sichert. Auch wenn für Förderzentren konkret keine Schülerkapazitäten pro Klasse und Klassenzügigkeiten vorgegeben werden, so muss der Schulträger die Wirtschaftlichkeit zur Vorhaltung von Gebäuden für seine Schulen auf den Prüfstand stellen.

- Übersicht über die Schülerzahlen FÖZ Bad Langensalza und Mühlhausen gesamt und nach Klassen und Schülern je Klassenstufen
- Aufstellung Fahrzeiten für Schüler*innen in das FÖZ Pestalozzi Mühlhausen, Schulteil 1 und 2
- Beförderungskosten
- Aufstellung über die Aufteilung der Schüler ab dem Schuljahr 2023/2024 FÖZ Bad Langensalza und Mühlhausen

- Schülerprognose FÖZ Mühlhausen einschließlich FÖZ Bad Langensalza
- Darstellung der Bewirtschaftungskosten und Personalkosten
- Zusammenfassung zum Einsparungspotential gegenüber den Mehrausgaben
- Notwendige Investitionen am Gebäude Poststraße 2-3 in Bad Langensalza
- Darstellung der Verkaufserlöse
- Prüfung von Ausweichvarianten

Schließung des staatlichen Gymnasiums Seiler-Gymnasium Nottertal-Heilinger Höhen

Das staatliche „Seilergymnasium“ in Nottertal - Heilinger Höhen wird mit Wirkung vom 31.07.2025 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2023/2024 werden keine Schüler mehr in Klasse 5 aufgenommen. Die Schüler der Klassen 6 bis 8, insbesondere die aus dem Unstrut-Hainich-Kreis, können zum Beispiel am Tilesiusgymnasium Mühlhausen bzw. am Salzgymnasium in Bad Langensalza oder auch am Evangelischen Schulzentrum unterrichtet werden.

Die Schüler der Klassen 9, 11 und 12 können bis zum Schuljahresende 2024/2025 noch am Standort des Seilergymnasiums im Altbaugebäude unterrichtet werden. Die Schüler der zukünftigen Klassen 10 wählen sich ab dem Schuljahr 2024/2025 bereits an andere Gymnasien ein, so dass diese nur noch im Schuljahr 2023/2024 am Standort Schlotheim verbleiben.

Das angemietete Gebäude der ERGE Kommunalfonds Ost Gymnasium Schlotheim GbR wird zum 31.12.2023 zurückgegeben.

Gemäß § 41 Abs. 2 Thüringer Schulgesetz vom 01.08.2021 sollen Schulen eine Größe haben, die eine Differenzierung des Unterrichts ermöglicht und einen zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Ressourcen sichert, auch im Hinblick auf die Fortschreibung des HSK und der damit zusammenhängenden Bedarfszuweisungen.

Das „Seilergymnasium“ erfüllt seit einigen Jahren nicht die Vorgaben des Thüringer Schulgesetzes in Gänze, nach dem Gymnasien mindestens zweizügig zu führen und je Klasse mindestens 20 Schüler aufzunehmen sind.

- Aufstellung über die Schülerzahlen
- Schülerprognose
- Vergleich Schülerzahlentwicklung laut statistischer Erhebung

Der Schulträger ist verpflichtet, mit dem aller fünf Jahre zu aktualisierenden Schulnetzplan bzw. mit entsprechenden Fortschreibungen die Wirtschaftlichkeit zur Vorhaltung von Gebäuden für seine Schulen auf den Prüfstand zu stellen. (HSK/ Bedarfszuweisung).

Bereits im aktuellen Schulnetzplan vom 09.03.2020 gilt das staatliche „Seilergymnasium“ in der Fortführung als zweizügig geführte Bildungseinrichtung als „gefährdet“. Nach dem Auslaufen des Mietvertrages mit der ERGE Kommunalfonds Ost Gymnasium Schlotheim GbR zum 31.12.2023 beabsichtigt der Schulträger nunmehr, das Gebäude an die ERGE Kommunalfonds Ost Gymnasium Schlotheim GbR zurückzugeben.

Bei Rückgabe erfolgt die Auszahlung des Mieterdarlehens an den Landkreis in Höhe von 1.057.566,00 EUR, ggf. in Raten bis 2042, zuzüglich Erbbaupacht in Höhe von 11.964,23 € jährlich bis Juli 2059.

Mit der Schließung des Gymnasiums, der Rückgabe des ERGE-Gebäudes an die ERGE Kommunalfonds Ost Gymnasium Schlotheim GbR und dem Weiterbetrieb des Altbaus ergeben sich nachstehende Einsparpotentiale:

- Bewirtschaftungskosten geteilt nach Sanierungsaufwand und Personalkosten
- Beförderungskosten
- Einsparungspotential zusammengefasst im Vergleich zu den Mehrausgaben
- Notwendige Investitionen am ERGE-Bau Gymnasium Schlotheim und Zusammensetzung der Einnahmen
- Fazit
- Beförderung der Schüler aus dem Kyffhäuserkreis zum Gymnasium Schlotheim im Linienverkehr

Standortwechsel der Grundschule Schlotheim in das Gebäude (Altbau) vom ehemaligen Gymnasium „Seiler-Gymnasium“ Schlotheim

In das verbleibende Altbaugebäude soll die Grundschule Schlotheim einziehen, denn die zurzeit existierende Raumsituation für Grund- und Regelschule ist auf Dauer nicht mehr zu akzeptieren.

- Tatsächliche Schülerzahlen der Schuljahre 2018/2019 bis 2025/2026 der Grundschule Schlotheim; Klassen und Schüler nach Klassenstufen
- Prognose der Schülerzahlentwicklung der beiden Schulen
- Einsparung Mietkosten durch Rückgabe angemietete Hortgebäude

Somit könnte mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 die vollständige gebäudetechnische Trennung der Grundschule und der Regelschule Schlotheim vollzogen werden.

Nun wolle er etwas in die Geschichte gehen und bitte um wörtliche Wiedergabe folgender Aussage im Protokoll:

„Hier geht es nicht um Wertung, hier geht es nicht um Personen, hier geht es einfach, wir waren mal im Archiv.“

- Brief Landrat Hilfreich Reinhold vom 16.11.1991 an die Eltern zum Schülerrückgang und Gymnasiumsneubau in Schlotheim
- Auszug aus dem Schlotheimer Blättchen 18/2015, Beschluss des Stadtrates vom 26. Mai 2015 – Willensbekundung zur „Gemeinschaftsschule Schlotheim“
- Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport vom 18. Februar 2020 – Vorstellung Seiler-Gymnasium Schlotheim und Schulkonzept Campusschule
- Thüringer Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003
- Zeitungsartikel vom 12. Februar 2020 „Schlotheim Gymnasium als Campus oder kommunale Gemeinschaftsschule?“
- Schriftstück „Schlotheim. Man will den Rettungsanker greifen, um den Schulstandort Schlotheim ein wenig sicherer zu machen.“
- Zeitungsartikel vom 30.06.2016 „Wir wollen das Gymnasium erhalten – auch mit einem privaten Träger“
- Zeitungsartikel vom 06. September 2018 „Vom attraktiven Sporthotel bis zum Kummerkasten“
- Zeitungsartikel vom 06. Februar 2019 „Landgymnasium in Schlotheim mit Hang zum Sport“
- Zeitungsartikel vom 12. Februar 2020 „Die Willensbekundung wird der Kreisverwaltung übergeben. Der Kreistag soll noch im ersten Quartal über Schulnetzplanung entscheiden“
- Zeitungsartikel vom 23. März 2020 „Drei Schulen stehen wegen geringer Schülerzahlen auf wackligen Beinen“
- Zeitungsartikel vom 02. März 2021 „Handwerker-Abitur und Kooperationen sollen Seiler-Gymnasium in Schlotheim attraktiver machen“
- Campus-Model – am 06.11.2019 ging ein Entwurf eines Konzeptes aller Schlotheimer Schulen als Arbeitspapier ein, zu dem man aber nie wieder beraten habe

- Handwerkerabitur - Antrag im Frühjahr 2021 und im Juni 2021 durch das TMBJS abgelehnt
- Neuer Antrag im Frühjahr 2022 — wurde ebenfalls durch das TMBJS abgelehnt. Diese Anträge gingen gänzlich an der Verwaltung vorbei.
- Entwicklung der Schülerzahlen 2017/2018 bis 2022/2023
- Beschluss des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises vom 05. September 2018 „Außerplanmäßige Ausgaben für Baumaßnahmen aus den ergänzenden investiven Zuweisungen für Schule, Schulsporthallen und Digitalisierung“
- Beschluss des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises vom 15. Juli 2020 „Bestätigung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Gesetzes für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 – 2024 sowie zur Umsetzung des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte vom 06.03.2020 in Höhe von 11,2 Mio. EUR“

Digitalpakt Schule 2019 bis 2024

- Zeitungsartikel vom 31. Januar 2023 „Südeichsfeld will einen Schulcampus“
- Anfrage aus dem Kreistag vom 16. Juni 2021 zum Sachstand der Optimierung des Busfahrplans für die Ortsteile Kleinwelsbach und Bothenheilingen bezogen auf die Möglichkeit, dass die Kinder dieser Ortsteile die Schulen in Schlotheim besuchen können
- Aktennotiz vom 03. Februar 2022 zum Thema „Busanbindung der Orte Bothenheilingen, Kleinwelsbach und Großwelsbach nach Schlotheim zur Schule“
- Brief von Schlotheimer Unternehmern an den Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises vom 10. Februar 2023 „Schließung des Seiler-Gymnasium Schlotheim“

Aufgrund verschiedener Zwischenrufe aus dem Saal bat Herr Klupak um Ruhe.

Der Landrat fuhr fort:

- Antwort der Landesregierung auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Urbach (CDU) vom 09. Februar 2023 „Zukunft des Seilergymnasiums in Schlotheim und der Förderschule in Bad Langensalza“
- Antwort der Landesregierung auf die mündliche Anfrage der Abgeordneten Eger (DIE LINKE) vom 08. Februar 2023 „Schulnetzplanung des Unstrut-Hainich-Kreises“ Zukunft des Seilergymnasiums in Schlotheim

Der Landrat merkte an, dass er an dieser Stelle seinen Vortrag beenden wolle. Zwischenrufe, Beleidigungen und Buh-Rufe helfen nicht. Dass, was er vorgetragen habe, sei die Realität. Wenn man ehrlich zu sich selbst wäre, würde man das akzeptieren.

Herr Klupak unterbreitete den Vorschlag in eine 10-minütige Pause einzutreten. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Klupak unterbrach um 18:56 Uhr die Sitzung für eine Pause.

Herr Klupak setzte um 19:11 Uhr die Sitzung fort.

Frau Ortmann meldete sich zur Geschäftsordnung. Sie wolle das Rederecht für Herrn Volkmar Gottstein, als Schulelternsprecher des staatlichen Förderzentrums „An der Salza“ sowie Herrn Dirk Kammerer als besorgtes Elternteil und genauso für Frau Sandy Tick als Schulelternsprecherin des „Seilergymnasiums“ beantragen. 10 Minuten pro Person sollten hier reichen.

Sie beziehe sich mit ihrem Antrag auf § 14 Abs. 9 der Geschäftsordnung, in der es heiße: „Sonstige Personen dürfen im Kreistag das Wort nicht ergreifen. Der Kreistag kann im Einzelfall Ausnahmen beschließen.“

Begründen wolle sie ihren Antrag wie folgt:

Mit dem Rederecht für die genannten Personen der beiden Schulen wolle man den Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Standpunkte und Argumente zur beabsichtigten Schließung dieser Schulen vorzutragen und zu erläutern. Die Kreistagsmitglieder müssen sich ja bis zur nächsten Sitzung alle eine umfängliche Meinung zu den Beschlussvorlagen bilden.

Sie bitte um Zustimmung

Herr Klupak stellte fest, dass es keine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag gebe. Er rief zur Abstimmung über den Antrag auf, Herrn Gottstein, Herrn Kammerer und Frau Tick Rederecht zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Herr Klupak erteilte den Vertretern des Förderzentrums gemeinsam 10 Minuten Rederecht.

Herr Gottstein führte wie folgt aus:

„Werte Anwesende. Als Schulelternsprecher des Förderzentrums Bad Langensalza und selbst Pflegeeltern unserer 13-jährigen Enkeltochter, welche das ADHS-Syndrom, Konzentrationsschwäche mit Lese-, Rechtsschreib- und Matheschwäche aufweist, möchte ich einige Aspekte darlegen, warum der Schulstandort Bad Langensalza für die Förderschüler erhalten werden muss:

Man sollte verstehen, dass Schüler an einer Förderschule nur mit einem sonderpädagogischen Gutachten angemeldet werden können und dieser Weg bis zur fertigen Gutachtererstellung ist lang und viele Eltern scheuen sich vor dem bürokratischen Aufwand und melden ihre Kinder in der Grundschule an, obwohl sie die Voraussetzungen für die Förderschule haben.

In den Nachrichten über Corona-Spätfolgen hört man ständig, dass die Hauptleidenden vor allen Dingen Kleinkinder, Kindergartenkinder und Grundschüler sind. Ich verlese jetzt einen Auszug vom Januar 2023, also der ist fast brandneu, wie sich das konkret in Bad Langensalza auswirkt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt befinden sich an der Sonnenhofgrundschule und an der Grundschule Herbsleben neun Schüler mit sonderpädagogischem Gutachten. Bei weiteren vier Schülern läuft gerade die Diagnostik. Zudem gibt es acht geplante Neuansmeldungen für die Klassenstufe 1. Schuljahr 23/24 am Förderzentrum. Diese Zahlen sind Beispiel dafür, dass sich in den Schülerzahlen am Förderzentrum der Klassen 1 bis 4 mit aktuell 17 Schülern perspektivisch erhöhen werden.“

Dieser kurze Einblick in zwei Grundschulen des Unstrut-Hainich-Kreises zeigt, dass nicht nur die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sondern auch durchschnittliche und leistungsstarke Schüler in der aktuellen Situation nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden können. Es ist ganz normal, wenn in der Grundschule so eine Art Dreiteilung ist, welche sind mit pädagogischem Förderbedarf, welche sind Normalschüler und welche sind mit hohem Leistungsspektrum, die gefördert werden sollten, damit sie weiter und das kann ein Lehrer nicht alleine, das ist ganz normal.

Das Förderzentrum bietet nicht nur eine bessere Vorbereitung auf das Berufs- und Familienleben dieser Schüler, es ist auch ein geschützter Raum für sie, wo die Pädagogen ohne Druck den Lehrplan durchbringen und individuell mit den Kindern die Dinge des Lebens praktischen Bereiches arbeiten können. Daher ist der Erhalt des Förderzentrums am Standort Bad Langensalza zukunftsweisend für die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

In Thüringen als kinderfreundliches Land sollten Grund- und Förderschulen ortsnah betrieben werden. Unter ortsnah verstehe ich persönlich einen Radius bis maximal 10 km.

Nun soll laut Schreiben des Landrates vom 25.01.23 das Förderzentrum Bad Langensalza zu den Sommerferien '23 schließen und die Schüler ab Schuljahr 23/24 mit zwei Bussen nach Mühlhausen gebracht werden, wir brauchen hier zwei, es sind ja 80 Kinder. Das bedeutet eine Fahrtzeit von zwei Stunden Hin- und Rückfahrt, also es würde bei, ich weiß nicht woher die Zahlen hier für eine Fahrt nach Mühlhausen in die Schule geplant worden sind, also bei der jetzigen Situation würde das nur funktionieren, wenn ich nachts um zwei fahre mit 120 über die Straße. Weil bei der jetzigen Situation mit der Großbaustelle der Umgehungsstraße und ständig auch in Mühlhausen jetzt im Grunde genommen Straßensperrungen durch Straßenarbeiten usw. und wir müssen ja komplett durch Mühlhausen hindurch, sehe ich von mindestens einer Stunde.

Das bedeutet eine Fahrtzeit von zwei Stunden für Hin- und Rückfahrt und für Kinder, welche aus dem Altkreis Bad Langensalza kommen, von drei bis vier Stunden täglich. Dies widerspricht dem Thüringer Schulgesetz, das besagt, dass die Schulwegdauer für Grund- und Förderschüler eine Stunde für Hin- und Rückfahrt zusammen im Regelfall nicht überschreiten soll. Jetzt frage ich sie, wie ist das zu vereinbaren?

Des Weiteren müssen sie sich in die Lage der Förderschüler versetzen, eine Stunde im Bus mit zwei Betreuern und 40 Kindern, davon ein Teil verhaltensauffällige Kinder. Da möchte ich persönlich kein Busfahrer sein. Sie kommen in Mühlhausen an, die erste Stunde beginnt und die Kinder können den Lernstoff nicht aufnehmen, obwohl sich die Lehrerin oder der Lehrer große Mühe gibt, da sie noch gar nicht akklimatisiert sind. Somit fällt täglich wieder eine Unterrichtsstunde aus. Wir haben jetzt schon eine wöchentliche Ausfallquote von vier bis fünf Stunden. Jetzt frage ich sie wieder, können wir das uns zum Wohle unserer Kinder leisten?

Wir als Eltern möchten, dass unsere Kinder einen Schulabschluss erreichen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und nicht den Sozialkassen weiter belasten. Dazu brauchen wir unser Förderzentrum in Bad Langensalza, einen geschützten Raum, wo individuell mit den Kindern schulisch und lebenspraktisch gearbeitet werden kann. Deshalb bitte ich sie im Namen aller Eltern und Kinder des Förderzentrums den Standort Bad Langensalza zu erhalten und zur Kreistagssitzung am 06.03.23 gegen die Schulschließung zu stimmen.

Jetzt noch, weil der Landrat immer sagt, wir üben nur immer Kritik und machen keinen Vorschlag, jetzt noch unser Vorschlag dazu:

Unser Vorschlag ist, die Schule noch einen gewissen Zeitraum zu nutzen, um eine Lösung zu finden, wo die Förderschüler in Bad Langensalza zukünftig lernen können. Das kann ein kernsaniertes Objekt oder ein Neubau in klimaneutraler Bauweise mit Solar und Photovoltaik, um a) Eigenmittel für den Neubau durch Nutzung von Fördermitteln so gering wie möglich zu halten und b) Einsparungen bei den zukünftigen Betriebskosten zu erreichen.

Bis dahin müssen wir weitere Nutzungsmöglichkeiten für das Förderzentrum schaffen, um das Schüler-Kostenverhältnis positiv zu gestalten. Das heißt, wir müssen, das weiter auslasten, indem wir andere Einrichtungen oder Träger mit rein nehmen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Kammerer führte wie folgt aus:

„Auch von mir einen schönen Abend. Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, Gäste und auch Herr Zanker.

Ich möchte ihnen mal kurz erzählen, wie es uns ergangen ist, wie uns am 05.01. diesen Jahres in einer Mitteilung in einer schulischen Versammlung durch den Schuldirektor der Förderschule „An der Salza“ in Bad Langensalza mitgeteilt wurde, soll die Förderschule in Bad Langensalza geschlossen werden, aus Kostengründen durch den Schulträger. Das ist jetzt bekannt. Der Schulträger ist der Unstrut-Hainich-Kreis.

Nun stellen wir fest, dass es eine Schulnetzplanung bis zum Schuljahresende 2025/26 zum Gesetz gemacht wurde. Nun kündigt der UH-Kreis an, die laufenden Kosten für das kommende Schuljahr nicht mehr in seinen Haushalt übernehmen zu wollen. Das Schulgebäude soll verkauft werden, um den Haushalt sicherzustellen.

Was wird aus unseren Förderkindern? Wo und wie will man sie dann unterrichten? An welchem Ort will man die Förderschulkinder dann und mit welchem Personal dort unterrichten?

Diese Förderschüler haben alle eine Eintrittskarte für diese Schulform, die in Bad Langensalza jetzt noch vorherrscht, das nennt sich ein erweitertes schulpädagogisches Gutachten, welches feststellt, in welcher Schulform, Schulart und mit welchen Einschränkungen das Kind lernen kann und soll. Meistens besitzen diese Schulkinder auch eine Behinderung und einen Schwerbehindertenausweis. Diese Kinder haben Bindungsstörungen, Lernbehinderung und andere starke Beeinträchtigungen.

Die erste Antwort war, mit einem Bus nach Mühlhausen. Wer in Teufels Namen schickt 80 solcher Kinder mit welchen Verkehrsmitteln nach Mühlhausen in eine Schule, unbeaufsichtigt, die auch die Kinder nicht haben wollen, weil diese Schule schon voll wäre. Wer stellt die Klassenstufe und die Größe von maximal 8 bis 12 Kindern in einer Klassenstufe sicher, um diesem Schulkonzept zu folgen? Der Schuldirektor kann es nicht, weil der Platz für zusätzliche Klassen nicht vorhanden sind.

Diese Zustände sind für uns Eltern absolut unhaltbar und gar nicht nachvollziehbar. Die Beaufsichtigung beim Transfer und die Sicherstellung ist in keinsten Weise geregelt. Uns Eltern wird vorgegaukelt, dass es in so einer Schule nicht tragbar wäre.

Für unsere Schulkinder heißt das, dass ein Schulweg von mindestens 1 ½ bis 2 Stunden zu bewältigen ist, übrigens laut Gesetz, haben wir vorhin gehört, 60 Minuten und wir reden hier über zwei Stunden.

Diese Kinder haben Konzentrationsschwächen – ich muss jetzt frei reden, sonst wird das nichts -, diese Kinder haben Konzentrationsschwächen, das heißt sie können einfach nach so einer langen Fahrt nicht sofort nach einer 5-minütigen Pause oder 10-minütigen Pause in den Lernalltag übergehen. Das sind Förderschüler, die haben psychische, physische Beeinträchtigungen, das sind nicht irgendwelche Grundschüler, das sind nicht irgendwelche – sorry -, Gymnasiasten, fünfte, siebte, achte, neunte Klasse.

Das sind Kinder, die können nicht so lernen, wie wir uns das vorstellen können. Die haben eine Eintrittskarte. Und dieses ist dieses Schulgutachten. Das ist nämlich ein zweites Gutachten, was dann angefertigt wird, was auch viel Geld kostet, dieser ganze Kokolores, der da dran hängt, dass die Kinder was lernen können. Und das will man uns mit solchen Sachen kaputt machen, na gut.

Ich frage sie, ob sie ihre eigenen Kindern diese Belastung aufbürden würden. Diese Schulkinder kämpfen mit Konzentrationen, stehen teilweise unter Medikamenten, um die nötige Ruhe und Konzentration zum Lernen zu haben.

Mit einer beabsichtigten Schließung will man nur Geld aus dem Verkauf des Gebäudes des maroden Haushaltes des Unstrut-Hainich-Kreises suggerieren und die Förderschüler werden mit ihren neu geschaffenen Problemen abgekoppelt. Wir werden nicht zusehen, wie der Kreis auch diesen Missständen seine Zustimmung erteilt und die Zukunft unserer hilfsbedürftigen Kinder aufs Spiel setzt. Noch dazu prustet sich der Unstrut-Hainich-Kreis mit dem Prädikat kinderfreundlich zu sein.

Wir Eltern hüten und behüten, achten auf eine solide Schulausbildung unserer Kinder mit all ihren Einschränkungen, achten auf ihre Entwicklung und fördern sie mit all unserer Kraft, da ist der Besuch einer solch qualifizierten und speziell ausgerichteten Ausbildungsstätte mit diesem Lehrkörper für uns von größter Bedeutung für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Schulausbildung.

Unsere Aufgabe sollte es sein, sie von allen Ablenkungen und Störungen im Tagesablauf fernzuhalten, damit sie die Zeit haben zu lernen, zu spielen und das Leben ungestört beginnen zu können.

Ich formuliere es mal so, man vergreift sich an den Grundrechten von Kindern, welches vor kurzem erst im deutschen Grundgesetz aufgenommen und verankert worden ist. Man lese nach Artikel 1 bis 19, Grundgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir es für eine Schande empfinden, dass wir heute hier bei ihnen vorsprechen müssen, um die Schulschließung zu verhindern. Wir schämen uns für unsere Heimat, unseren Landkreis, die uns die Zukunft unserer Kinder verbaut, denn nur weil ein Verkauf des Gebäudes im Vordergrund die Haushaltsprobleme lösen soll. Wir sind nicht stolze und heimlicher, so werden wir außerkreislich genannt, nein beschämt, wir sind beschämt in dem Handeln unseres Kreistages und deren Verantwortlichen. Wir als Eltern und Gleichgesinnte, wir wollen euch hiermit wachrütteln und sagen, findet eine andere Lösung als die Schule zu schließen in Bad Langensalza. Wir stehen im offenen Dialog mit ihnen und werden weiter für den Erhalt der Förderschule mit all unserer Kraft kämpfen.

Abschließend möchte ich ein passendes Zitat vom 09. September 1948 nahe bringen. Es sagte einst der regierende Bürgermeister der Stadt Berlin, die durch eine Blockade abgekoppelt wurde: ‚Ihr Völker der Welt schaut auf diese Stadt.‘

Ich rufe Ihnen, werte Kreistagsmitglieder, ihr Kreistagsmitglieder, ihr Kreistagsmitglieder des Unstrut-Hainich-Kreises denkt an die Zukunft, denkt an unserer Kinder, stoppt diesen Unsinn, sucht eine akzeptable Lösung. Ihr seid nicht allein, wir sind auch da, wir kämpfen auch mit Ihnen für eine bessere Lösung

Danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Frau Tick führte wie folgt aus:

„Schönen guten Abend an alle Beteiligten. Ich möchte mich noch einmal kurz vorstellen: Ich bin die Schulelternsprecherin des Seilergymnasiums, ich stamme aber nicht aus Schlotheim. Ich komme aus Menteroda. Dementsprechend bin ich nicht hier um zu richten oder zu bewerten oder was im Jahr 2015, 2019, 2020 passiert ist. Ich bin im Jahr 2023 und mir ist der Ist-Zustand aktuell über die beiden Schulschließungen durchaus bewusst.

Das einzige, was ich hier aber kritisieren möchte, ist, dass wir mit dem Prädikat „Kinderfreundlicher Landkreis“, dass unsere Kinder es aus den sozialen Medien erfahren mussten, mit dem Schreiben. Das ist das einzige, was ich kritisiere. Ich hätte mir den Dialog vorab schon gewünscht.

Ich habe auch heute erst hier erfahren, dass meine Tochter tatsächlich zum Schuljahresende 23 auf eine neue Schule muss. Also das finde ich aus, ich find's nicht fair und ich find's Schimpf und Schande.

Auch die Ablehnung des TGS-Modells, das möchte ich hier auch gar nicht weiter auswerten, dafür gibt es den Bildungsausschuss, da würde ich auch dazu eher noch mal Stellung nehmen.

Ich möchte jetzt auch hier nicht noch großartig Kritik äußern, wir haben unsere Informationsveranstaltung dafür genutzt, um Eltern, Schüler und Unternehmen auch ihre Meinung äußern zu lassen. Wir haben nicht einfach nur mit Schildern demonstriert, wir haben probiert, in den Dialog zu treten, auch alle Kreistagsmitglieder waren eingeladen.

Ich möchte jetzt hier eigentlich nur noch mal die Möglichkeit nutzen, um die Stellungnahme bzw. eine Rede einer Mutti zu zitieren, die sie schon gehalten hatte und zwar von Dorina Schmidt:

„Unser Kind besucht aktuell die 5. Klasse hier am Seilergymnasium. Wir als Eltern haben uns gemeinsam mit unserem Kind ganz bewusst für das „kleine Gymnasium“ entschieden. Mühlhausen wäre die Alternative gewesen. Was waren für uns die Entscheidungsgründe für das Seilergymnasium?“

Tatsächlich finden wir aus Eltern- und Schülersicht den kleineren Klassenverband gut. Jeder Lehrer und Schüler wird bestätigen, dass es sich anders lehrt und lernt, wenn die Klasse um die 20 Kinder groß ist und nicht mit fast 30 Kindern besetzt ist. Toll ist die direkte Busanbindung auf dem Schulgelände, das bringt für uns als Eltern auch ein Stück Sicherheit. Wo ist mein Kind? Was macht es nach der Schule? Welche Ablenkungsmöglichkeiten gibt es? Wann ist es nach Schulschluss zu Hause?

Ganz klar hervorzuheben ist auch das aus unserer Sicht sehr familiäre Umfeld an dieser Schule, eine Schule mit Courage, eine Schule ohne Rassismus. Wir empfinden es so, dass die Lehrerschaft und die Schulleitung sehr bemüht ist um unsere Kinder und um die Entwicklung der Schule. Man kennt sich und fördert die Entwicklung der Stärken und den Abbau der Schwächen. Das hat auch sicher etwas mit der Schulgröße zu tun. Kinder sind nicht nur eine Nummer, sondern ein Gesicht. Sie haben einen Namen, sie werden gesehen.

Gern möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal auf das aktuelle Regierungsprogramm der SPD für unseren Landkreis verweisen. Ich zitiere:

Wir stellen kleine Schulstandorte nicht in Frage. Unser Ziel ist es, ihnen einen Ausweg aus dem Dilemma einer schülerzahlbedingt niedrigen Personalausstattung und den damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Unterrichtsabdeckung sowie bei der konzeptionell inhaltlichen Weiterentwicklung aufzuzeigen.

Auch wenn es hier um den Erhalt des Seilergymnasiums geht, dann ist es nicht nur für das Gymnasium sondern für den gesamten Schulstandort Schlotheim die Sicherstellung von enormer Bedeutung.

Der Landkreis soll auch bitte dafür die Voraussetzungen schaffen, dass zum Beispiel ein Schultransfer aus den umliegenden Dörfern nach Schlotheim möglich ist.

Ich bin kein Politiker, ich stehe auch nicht sonst auf Bühnen und halte Reden. Ich stehe hier, weil ich eine Mutter bin, weil wir Eltern sind. Das Wohl meines Kindes, unserer Kinder ist mir nicht egal. Die Entwicklung, die mein Kind nimmt, die unsere Kinder nehmen, die ist mir nicht egal.

Mir ist es auch nicht egal, was mit unserer Region passiert. Wir persönlich haben uns ganz bewusst für das Leben im ländlichen Raum entschieden. Diese Entscheidung darf meinem Kind, darf unseren Kindern bei der Chance auf Bildung aber nicht im Weg stehen. Ich wünsche mir daher von allen Entscheidungsträgern, dass bei den Entscheidungen, die zu treffen sind, die eigenen Befindlichkeiten zurückgestellt werden, dass es um eine Entscheidung zur Sache geht und nicht aufgrund der Parteizugehörigkeit, dass die Zukunftsfähigkeit einer Region in der Betrachtung zur Entscheidung mit einbezogen wird, dass daran gedacht wird, dass es hier um Kinder geht. Unsere Zukunft liegt in ihren Händen. An Kindern darf nicht gespart werden, auch nicht an der Bildung. Löst die Probleme zum Haushalt des Unstrut-Hainich-Kreises anders. Schulentwicklung braucht Zeit und muss wachsen. Gebt uns und dem Seilergymnasium dem Schulstandort Schlotheim die Zeit die es dafür braucht.

Danke.“

Herr Gaßmann führte aus, dass er mit dem Dank an die Schulleitersprecher beginnen wolle, die eben hier gesprochen haben. Das zeige das Engagement von ihrer Seite und auch den Mut, hier zu sprechen und für die Anliegen einzutreten. Dafür bedanke er sich, auch im Namen des Bildungsausschusses.

Er danke auch dem Landrat. Dieser habe 1,45 Stunden Fakten und Abläufe dargestellt, mit denen man zu tun habe und die Grundlage der Diskussion seien. Er finde, das gehöre auch zur Kommunalpolitik, dass man faktenbasierte Entscheidungen treffe und diese Dinge zur Grundlage der Entscheidungen mache.

Dank richte er auch an alle Eltern, die sich in den letzten Wochen sehr engagiert haben. Er selber war in Schlotheim bei einer Infoveranstaltung dabei. Man habe sich für den Schulstandort eingesetzt. Das sei ein Zeichen von lebendiger Demokratie. Dieses sei gut und zeige, dass Bildung ein hohes Gut sei, dass die Eltern sich auch Sorgen machen um ihre Kinder und das sei ein gutes Zeichen.

Zur Wahrheit gehöre auch, dass er als Bildungsausschussvorsitzender von den geplanten Schulnetzmaßnahmen überrascht war. Man habe auch erst kurz vor der Bildungsausschuss-Sitzung am 30. Januar von den Plänen seitens der Verwaltung erfahren. Da könne er auch für die Bildungsausschussmitglieder sprechen, da habe er sich mit ihnen rückversichert, dass es das Anliegen des Bildungsausschusses von Anfang an gewesen war, ein transparentes Verfahren zu gewährleisten, ein Verfahren in dem alle Betroffenen auch gehört werden können.

Deswegen habe er sowohl diese Woche am 23. Februar als auch nächste Woche am 28. Februar eine Anhörung der betroffenen Schulen, sowohl der Schulleitungen als auch der Elternvertretungen, aber auch der Schülervertretung, es gehe ja auch um die Schülerinnen und Schüler, einberufen. Es sei wichtig, dass man da in den Austausch komme und alle Betroffenen höre.

Es gehe auch darum, dass man nicht die Vorschläge der Verwaltung eins zu eins stur umsetze, sondern dass man gemeinsam im Dialog nach Alternativen suche und diese auch prüfe. Er sei sehr froh, dass auch seitens der Verwaltung Alternativen beispielsweise in Bezug auf Bad Langensalza im Moment geprüft werden. Das werde auch ein Thema werden, mit Blick auf den Schulstandort in Schlotheim, dass man dort die Alternativen noch mal diskutiere.

Er habe gehört, es gebe eine Ablehnung betreffs der Thüringer Gemeinschaftsschule. Darüber werde auch noch mal im Ausschuss zu sprechen sein. Das werde man intensiv tun.

Es gebe den Vorschlag eines Campusmodells aus Schlotheim und damit werde man sich auch befassen. Auch gebe es noch die Möglichkeit einer integrierten Gesamtschule. Es gebe verschiedenste Möglichkeiten, die man andenken könne. Das alles werde Thema im Bildungsausschuss sein.

Ziel müsse es sein, nach Lösungen zu suchen, im Sinne der Menschen, der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien. Man dürfe sich keinen Zeitdruck machen. Er wisse, das sei misslich für das Haushaltsverfahren. Es gebe eine Terminalschiene, wie der Haushaltsplan eingebracht werden soll. Als Bildungsausschussvorsitzender müsse er aber auch selbstbewusst sagen, der Bildungsausschuss berate und fasse seine Beratungsergebnisse, wenn er mit seiner Beratung fertig sei. Er sage deutlich, dass man da auch ein Stück weit autonom sei als Ausschuss und dass man sich die nötige Zeit für die Beratung nehme.

Misslich sei auch, dass dem Kreistag kein Haushaltsplanentwurf vorliege, so dass man nicht prüfen könne, ob denn andere Einsparmöglichkeiten möglich seien. Die Präsentation helfe natürlich, aber sie zeige nicht den gesamten Haushaltsplan. Klar sei, dass es keine Entscheidung sei, die man hier leichtfertig treffe. Der Kreistag sei sich seiner Verantwortung insgesamt bewusst.

Mit Blick auf die Berichterstattung heute in der Presse möchte er dem Landrat sagen, dass man natürlich auch immer ein Stück weit auf die Verwaltung vertraue, was die Vorschläge zum Schulbau anbelange. Man sei hier im Ehrenamt tätig und vertraue der Verwaltung, dass die Vorschläge für den Schulbau entsprechend die Richtigen seien.

Zum Schulgesetz sei zu sagen, dass das Schulgesetz insbesondere für kleinere Schulstandorte vorsehe, dass Schulkooperationen gebildet werden. Das sei ein Thema, mit dem man sich im Unstrut-Hainich-Kreis in den nächsten Jahren insgesamt mehr beschäftigen müsse. Die Gemeinde Südeichsfeld sei ja schon zitiert worden. Das Grundproblem bleibe die demografische Entwicklung, die eben sei wie sie sei. Das heiße, man werde sich im Sinne der Bildungsqualität über Schulkooperationen mehr und mehr Gedanken machen müssen und dass werde nicht die letzte Diskussion sein, die man führe.

In dem Sinne hoffe er auf ein sachgerechtes Verfahren und dass alle Betroffenen auch ernst genommen werden und man zuhört. Vielleicht könne man auch über die eine oder andere Äußerung, egal von welcher Seite, hinweg gucken und im Sinne der Kinder und Jugendlichen die beste Lösung suchen. Er hoffe auf eine sachliche Beratung und er tue sein Bestes dafür.

Herr Reinz gab bekannt, dass er sich den Worten seines Vorredners anschließe. Was er kritisiere, sei letztendlich, dass hier im Kreistag eine Entscheidung getroffen werden soll, von jetzt auf gleich, ohne mit den Ausschüssen bzw. dem Kreistag in die Diskussion zu gehen. Man werde, wenn dieser Beschlussantrag Anfang März im Kreistag beschlossen werden sollte, keine andere Möglichkeit haben. Das heiße, es werden hier Tatsachen geschaffen, die man am Ende auch nicht wieder einholen könne. Deshalb werde er und das sage er ganz klar, nicht nur als Kreistagsmitglied sondern auch als Bürgermeister der Stadt Bad Langensalza, vehement gegen diese Schulschließungen stimmen.

Was er ebenfalls kritisiere, sei die Pause. Diese war für ihn völlig deplatziert, denn hier seien mindestens der Hälfte der Schülerinnen und Schüler bzw. Eltern gegangen. Er hätte sich diese Vorträge von den Elternsprecher auch in der Gesamtheit gewünscht.

Er sei in dem Schulstandort in Bad Langensalza gewesen und er stelle die Frage, was sei in dieser Schule in den letzten 30 Jahren, weil das Thema 30 Jahre sei und dann sei die Schule verschlissen, investiert worden? In den letzten Jahrzehnten nicht viel. Diese Schule, die von jeher eine Schule sei, habe es seines Erachtens nach verdient, weiter als Schule geführt zu werden.

Ein weiterer Kritikpunkt seinerseits sei, dass er denke, dass sich in der heutigen Zeit viel zu sehr auf Fördervereine verlassen werde, die sich auf den Weg machen und in Eigenarbeit die Schulen wieder herrichten. Das sei nicht Aufgabe eines Fördervereins, aber man habe sich hier in den letzten Jahrzehnten darauf verlassen.

Wenn man in den letzten Jahrzehnten nicht in Schulstandorte investiere, brauche man sich nicht zu wundern, dass jetzt, wenn die Zinsen nach oben geschossen und die Baukosten gestiegen seien, eine Maßnahme, die man vor ein paar Jahren deutlich günstiger hätte haben können, auf einmal mit einer Preisexplosionen zu rechnen sei.

Jetzt spreche er als Bürgermeister der Stadt Bad Langensalza in Richtung Förderschule. Es sei nicht Sinn und Zweck der Sache, die Kinder durch den halben Landkreis zu kutschieren, bis sie an ihrem Lernort angekommen seien. Die Elternsprecher hatten es in ihren Ausführungen klar zum Ausdruck gebracht, es seien besondere Kinder, besondere Kinder mit einem erhöhten Förder- bzw. Unterrichtsbedarf. Das könne man nicht einfach so lösen, indem man die Kinder in Bad Langensalza in den nächsten Bus umsteigen lasse und nach Mühlhausen fahre. Das sei seines Erachtens am Ziel vorbei.

Blicke er weiter in Richtung der Grundschule Hufeland, seien dort in den letzten Jahrzehnten Synergien gewachsen. Dies könnte man, was die Perspektive den Schulstandort in Bad Langensalza betreffe, hier weiter voran bringen.

Seines Erachtens müsse hier ganz klar die Zeit genutzt werden, um im Kreistag und in den Ausschüssen zu diskutieren, wie es weitergehe. Da wolle er sich noch nicht einmal auf die Schule, in der das Förderzentrum jetzt sei, festlegen, sondern es müsse gelingen, im Altkreis Bad Langensalza und er sage ganz bewusst im Altkreis Bad Langensalza, die Möglichkeit geschaffen werden, die Kinder aus dem Altkreis dort zu unterrichten.

Er habe für übermorgen die Schulleiter der Grundschulen der Stadt Bad Langensalza zu einem Termin eingeladen. Es sei auch nicht gut, wenn man hier gewisse Themen, wie es sein könnte, vorstelle, aber mit den betroffenen Grundschulen noch nicht gesprochen habe. Das setze wieder einen unnützen Verschiebehahn in Gang und rufe letzten Endes die Ellbogen der einzelnen Schulen hervor.

Man müsse im Dialog bleiben und diese beiden Tagesordnungspunkte, die Schulschließungen betreffend, diskutieren bzw. wenn nicht ganz und gar von der Tagesordnung zu nehmen, dann aber nachteilig bescheiden. Wenn diese Beschlüsse erst einmal gefasst seien, sei es so. Er glaube, den Haushalt für 2023 werden diese zwei Schulschließungen in diesem Jahr nicht retten.

Herr Klupak richtete sich an Herrn Reinz. Er sei von einigen Kreistagsmitgliedern gebeten worden, nach den umfangreichen Ausführungen des Landrates eine Pause einzulegen. Niemand, auch Herr Reinz nicht, habe dagegen interveniert. Deswegen lasse er sich daraus keinen Vorwurf ableiten, dass die Pause falsch angesetzt war. Es seien noch genügend Zuschauer und Gäste im Saal. Er sehe darin kein Problem.

Herr Mascher gab ausdrücklich bekannt, dass er nicht im Namen der CDU-Fraktion, sondern als Bürgermeister der Gemeinde Herbsleben spreche:

Er nehme es vom Landrat mal als Lob auf, dass er ihn vor 11 Jahren für etwas verrückt gehalten habe. Manchmal müsse man halt verrückt sein, um Dinge zu bewegen. Er sei der Meinung, man habe das in Herbsleben relativ gut gelöst.

Vor 11 Jahren, im Jahr 2012 stand man vor demselben Problem wie jetzt in Schlotheim und Bad Langensalza. Die Schule sollte zum Teil geschlossen werden, der gymnasiale Teil wurde abgezogen und man hätte nur noch eine Grundschule gehabt. Das war für Herbsleben parteiübergreifend ein Punkt, den man nicht hinnehmen wollte. Daher habe man nach Möglichkeiten gesucht, es zu ändern. Es habe Initiativen für Privatschulen gegeben, jedoch habe das alles nicht funktioniert. Am Ende sei man den Weg mit der kommunalen Gemeinschaftsschule, der Thüringer Gemeinschaftsschule gegangen.

Natürlich sei man dann damals noch einen Schritt weiter gegangen und habe sich entschlossen, die Schulträgerschaft selbst zu übernehmen. Das sei etwas, was er nicht unbedingt jedem raten möchte. Allerdings war es für Herbsleben ein gangbarer Weg. Ohne überheblich zu sein, die Gemeinde Herbsleben konnte das auch finanziell stemmen, bis heute. Er könne hier auch mal erwähnen, man investiere im Moment 10,7 Mio. EUR in den Neubau der Schule, habe schon 3 Mio. EUR investiert in den Ausbau der alten Schule und wolle noch eine Sporthalle bauen für 5, weil man zeitlich etwas behindert wurde, jetzt wahrscheinlich für 6 Mio. EUR, allerdings erst ab 2025.

Er wolle noch einen Punkt in die Entscheidung mit einbringen. Es gehe nicht nur um die Schüler, wenn auch hauptsächlich. Aber wenn eine Schule in einem Ort wie Herbsleben oder Schlotheim, Bad Langensalza sei größer, da sei es etwas anderes, wenn da eine Schule wegbreche, dann sterbe auch einer der wesentlichen Teile der Infrastruktur und das im ländlichen Raum.

Er appelliere, dass man noch etwas Zeit brauche. Bei Herbsleben habe es auch eine längere Zeit gedauert, bis man soweit gewesen war. Am Ende habe der Kreistag dankenswerterweise zugestimmt, dass Herbsleben die kommunale Trägerschaft übernehme. Man habe das mit dem Bildungsministerium geregelt, dass wir die kommunale Gemeinschaftsschule bekommen konnten und habe das in einem Jahr geschafft, von 2012 bis 2013. Da müssen aber auch alle mitgehen, auch die Lehrer. Er verstehe, dass das nicht einfach sei, aber im Interesse der Schüler und der Gemeinde sollte darüber nachgedacht werden.

Er hoffe, dass man noch etwas Zeit habe. Für sich könne er sagen, er werde der Schließung der beiden Schulen nicht zustimmen.

Herr Roth führte aus, dass er es schön finde, dass jetzt in den Redebeiträgen eine gewisse Sachlichkeit in die ganze Diskussion reingekommen sei, nachdem der Landrat seinen Teil 3 präsentiert hatte, worüber er sehr schockiert war, dass man hier an den Pranger gestellt werde. Er finde, diese Sachlichkeit habe diese Thematik auch verdient und sei ganz wichtig.

Er habe gerade Eltern aus dem Kyffhäuserkreis gehen sehen, die mit dem Kopf geschüttelt und gesagt haben, man wusste gar nicht, dass man hier im Unstrut-Hainich-Kreis so unwillkommen sei. Er habe dann den Eltern gesagt, dass sie nicht unwillkommen seien, sondern immer willkommen und man stolz sei, dass man diese Kinder am Seilergymnasium unterrichten durfte.

Er könne sich nicht vorstellen, dass, wenn am 06. März die Schließung der beiden Schulen beschlossen werde, man dadurch langfristig, mittelfristig oder auch kurzfristig den Haushalt rette. Man rede seit Jahrzehnten, um einen Haushalt, der immer schwierig war rund zu bekommen. Man rede seit Jahrzehnten über Bedarfszuweisung. Man rede seit Jahrzehnten darüber, dass hier grundlegend in der Haushaltsführung etwas geändert werden müsse.

Er könne sich nicht vorstellen, dass man jetzt auf einmal, wenn man die beiden Schulen schließe, einen Haushalt bekomme, der nachhaltig wirklich zukunftsträchtig sei.

Er finde es schade, dass auf einmal heute, der Sanierungsstau so in den Mittelpunkt gerückt werde. Der Sanierungsstau an den Schulen sei seit vielen Jahren bekannt. Man habe immer vom Sanierungsstau an den Schulen geredet, den man beheben müsse. Und nun müsse man von heute auf morgen diesen Sanierungsstau beheben. Das habe nicht hin. Man werde nicht morgen irgendwo 15 oder 20 Mio. EUR in die Hand nehmen können, um es in die Schulen zu stecken. Nein, es werde sukzessive jede Schule berücksichtigt werden müssen.

Weil der Landrat dem Kreistag heute Morgen vorgeworfen habe, man hätte ja nie einen Änderungsantrag zum Haushalt gebracht, man hätte ja das Seilergymnasium im Haushalt durch einen Änderungsantrag berücksichtigen können, habe er Herrn Zehaczek gefragt, ob er irgendwann mal einen Änderungsantrag bei einer Haushaltsdebatte gestellt hatte, dass Großengottern bei der Schulsanierung oder Digitalisierung berücksichtigt werde. Herr Zehaczek habe mit dem Kopf geschüttelt.

Nein, die Bürgermeister und Schulstandortinhaber würden davon ausgehen, dass der Landkreis sich gleichmäßig in den Schulen seines Landkreises engagiere. Da könne man nicht als Kreistagsmitglied wieder in der Zeitung lesen, man sei schuld, weil man nie einen Änderungsantrag zur Haushaltsdebatte gestellt habe, dass hier der Schulstandort Schlotheim vernachlässigt wurde. Das hinke etwas.

Er komme noch mal auf den 6. März zu sprechen. Seiner Meinung nach seien die Emotionen ein wenig herausgenommen worden, aufgrund dieser Vielfalt von Zahlen, die der Landrat präsentiert habe. Für jeden, der ein solcher Zahlenwust nicht gewöhnt sei, war das natürlich sehr gewöhnungsbedürftig. Man sei von den Zahlen quasi erschlagen worden.

Er denke und das habe Herr Gaßmann schön auf den Punkt gebracht, man werde sich in Ruhe mit den Konzepten im Bildungsausschuss beschäftigen. Man habe extra zwei Sitzungen anberaumt, einmal für Schlotheim und einmal für Bad Langensalza.

Er meine nicht und da appelliere er an die Kreistagsmitglieder, dass man unbedingt am 6. März einen Beschluss zur Schließung dieser beiden Schulen fassen müsse. Man müsse die Chance haben, in Ruhe über Alternativen an den Schulstandorten und über Entwicklungsmöglichkeiten an den Schulen zu reden. Er denke, den Haushalt rette man mit den Schulschließungen nicht.

Herr Kubitzki gab bekannt, dass er sich heute zu dieser Sache nicht positionieren werde. Das wolle er auch begründen: Politisch vertrete man die Auffassung, dass eine Schulschließung das Schlechteste sei, um eine politische Entscheidung zu treffen. Man sei aber hier ein Kreistag und in der Politikette, von oben nach unten, sei man an letzter Stelle als Kommunalpolitiker. Das seien die Erfahrungen, die er seit 1999 habe. Man müsse das ausbaden, was auf den übergeordneten politischen Ebenen beschlossen werde. Man sei Diejenigen, die den Betroffenen dann gegenüberstehen und sich deren Argumente anhören. Auf der anderen Seite müsse man die Hosentaschen aufklappen und sagen, da sei nichts drin und auf der anderen Seite sehe man, wie in diesem Land Geld verpulvert werde.

Vor dieser schweren Entscheidung stehe man jetzt. Wie handle man? Dem Landkreis gebe keiner Geld. Man brauche die Bedarfszuweisung. Diese Bedarfszuweisung sei an Termine gebunden, wann sie beantragt werden müsse. Für die Bedarfszuweisung brauche man das Haushaltssicherungskonzept. Das sei dieser Zugzwang, in dem man stehe.

Er wolle nicht sagen, man müsse das am 6. März beschließen. Man müsse sich aber als Kreistag bewusst sein, welche Konsequenzen es habe, wenn man keinen Beschluss fasse.

Auch sei er der Meinung, man sollte hier jetzt nicht Rede und Gegenrede halten. Das bringt nichts. Da kommen nur Emotionen hinein und das helfe an dieser Stelle nicht.

Er kenne die Schule in Bad Langensalza. Die beste Bausubstanz sei das nicht. Er wisse aber auch, welche Kinder in diese Schule gehen. Da stimme er den beiden Rednern voll zu, das seien Kinder, die einer besonderen Fürsorge bedürfen. Deshalb sollte man alles tun, er nehme hier nicht den Begriff Altkreis Bad Langensalza, sondern sage eine Bad Langensalza nahe Alternative zu finden.

Er müsse aber auch ehrlich sagen und da gebe er Herrn Reinz Recht, Wahlkampf helfe hier nicht. Andere Schulen werden nicht begeistert sein, das vielleicht mit aufzunehmen. Das könne er sich vorstellen. Aber man sollte es auf alle Fälle versuchen. Im Bildungsausschuss werde man darüber reden. Er hatte dem Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, für diese Ausschuss-Sitzung auch die Direktoren der umliegenden Schulen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einzuladen. Das wäre eine gute Sache.

Für den Bildungsausschuss am Donnerstag zu Schlotheim wolle er hier keine weiteren Argumente bringen. Darüber rede man am Donnerstag. Trotzdem wolle er sagen, dass er damals, als der Bildungsausschuss schon mal dort war und er sei auch als Landtagsabgeordneter dort gewesen, von den Direktoren abgebügelt worden sei mit dem Vorschlag Thüringer Gemeinschaftsschule. Damals habe er gesagt, man vergebe eine Chance. Aber darüber sollte man am Donnerstag reden.

Er stimme allen zu, die im Kreistag gesagt haben, man solle sich bei dieser Entscheidung Zeit lassen, Fakten prüfen und Emotionen so weit wie möglich außen vor halten.

Das Seilergymnasium betreffend falle ihm noch etwas ein: Es sei vorhin der Brief einer Mutti vorgelesen worden, den er vollkommen nachvollziehen könne. In einer kleinen Schule gehe es gemüthlicher, sachlicher zu. Wenn er es richtig begriffen habe, gehe das Mädchen in die 5. Klasse. Irgendwann komme es in die 9., 10., 11. und 12. Klasse und wolle ein ordentliches Abitur ablegen. Dazu müsse man Kurse belegen. Das Problem mit den Kursen sei, dass es da Mindestzahlen gebe, die die Gymnasien anbieten müssen. Dazu brauche es Lehrer. Die Lehrer vergebe nicht der Landrat oder der Landkreis sondern die verteile das Bildungsministerium und das Schulamt. Wenn die Kurse nicht mit Lehrern besetzt werden können, können die Kurse nicht angeboten werden. Das sei ein Nachteil für die Schüler.

Damit wolle er nur sagen, es gehe nicht nur darum, wo sich die Schule befinde, sondern man müsse auch abwägen und eine hohe Lernqualität für die Kinder anbieten. Dazu brauche man ein modernes Umfeld, eine moderne Ausstattung der Schulen und auch ausreichend Lehrer.

Das müssen die Abwägungsprozesse sein, die man im Bildungsausschuss debattiere, wie können Kurse belegt werden. Auch die Qualität des Unterrichtes müsse mit im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen.

Zum Schluss wolle er sagen, es bringe nichts, wenn auf Argumente argumentiert werde. Die Meinungen seien ausgetauscht. Er meine, die Kreistagsmitglieder sollten sich auf die Arbeit in den Ausschüssen konzentrieren. Dazu gehören einerseits die Haushaltsdebatte und parallel dazu die Debatte zur Schulnetzplanung.

Der Landrat führte aus, dass er eben schon am Applaus gemerkt habe, dass das keine Rede sei, die man gerne höre. Er werde keine Emotion zeigen, aber man werde noch die eine oder andere hören. Trotzdem müsse er sagen, so wie er einigen heute gesagt habe, dass der Antrag der CDU-Fraktion komme, die Tagesordnungspunkte zu tauschen, so habe er gesagt, er werde am 6. März keine Rede mehr halten. Er habe heute alles gesagt. Er rede noch in den Ausschüssen und dann entscheide der Kreistag.

Gerichtet an Herrn Roth wolle er sagen, dass er es für ein wenig unanständig halte, wenn eine CDU-Fraktion mit Unterschriften der Freien Wähler und der FDP-Fraktion einen Antrag stelle, die aktuelle Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises darzustellen, habe man dann gedacht, er zeige Bilder von seinem Büro? Es sei doch klar, dass Haushalt Zahlen seien. Und dann werde den Menschen hier erzählt, man werde mit Zahlen vollgepumpt. Zahlen seien die Wahrheit. Er merke am Applaus, was er beim Publikum verstehe, aber beim Kreistag nicht, dass man keine Zahlen hören wolle.

Er habe nur gemacht, was gewollt war. Man wollte eine Haushaltsdebatte und habe sie auch bekommen.

Weiterhin müsse er richtigstellen, dass Anträge so nicht gemeint gewesen war. Natürlich kommen diese aus der Verwaltung und natürlich habe von Großengottern keiner einen Antrag gestellt. Aber Herr Karnofka habe beispielsweise im Bildungsausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss immer dafür gekämpft. Letztes Beispiel sei die Kleinsportanlage. Das habe er gemeint. Er habe nicht einen Einzelnen gemeint, sondern Jeden, ihn einschließlich. Man habe entschieden Geld in die Schulen zu investieren, die langfristig seien. Das gehöre zur Ehrlichkeit dazu.

Es sei auch nicht richtig, dass immer nur von Investitionsstau geredet werde und schon gar nicht, dass man in der Vergangenheit, als die Zinsen niedrig waren, nichts getan habe. Seit 1997 habe man zwei große Investitionsprogramme gemacht, sogar eins mit einer Sondergenehmigung des Innenministers. Seit 2015 investiere man zweistellige Millionenbeträge in die Schulen. Er mache einen Vorschlag, weil er bisher nur Sonntagsreden gehört habe. Herr Reinz bringe einen Vorschlag ein, da ihm alles nicht gefalle und zu teuer sei, dass man alle Investitionen einstelle und warte, bis es wieder bezahlbar sei. Dann brauche er keinen Haushaltsplan und man habe ausreichend Zeit zu diskutieren. Er wolle dann mal die ganzen Eltern, Schüler und Lehrer sehen, wenn über 10.078 Schüler für ihre Investitionen eine Absage bekommen. Er wolle sehen, was passiere, wenn er in Bad Langensalza die Außenanlage stoppe. Das sei kein Problem. Er könne sie ganz schnell stoppen.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Der Landrat meinte, man solle ihn doch reden lassen. Er bleibe emotionsfrei, dann sollten die Zuschauer das auch bleiben.

Was er damit sagen wolle, sei, man müsse darüber nachdenken, welche Konsequenzen das Handeln habe. Und Kinderfreundlichkeit immer dann zu sagen, wenn einem etwas nicht gefalle, er könne jeden früh in den Spiegel schauen und sagen, einmal am Tag tue er etwas für ein Kind, welches nicht zu seiner Familie gehöre. Er wolle mal sehen, wie viele das auch können.

Auch habe er ein Problem damit, dass man immer so tue, dass ein Haushaltsplan keine Rolle spiele. Er wisse nur, dass beim Haushaltsplan jedes Jahr, außer beim letzten Mal, aber da spielte auch UVG eine Rolle, der Verfügungsfond des Landrates eine Rolle gespielt habe. Was anderes sei nie wirklich diskutiert worden. Und wenn man ehrlich sei, gebe man das auch zu.

Er bitte, dass man bei seinen Reden ehrlich bleibe und nicht Dinge verwechsle. Gerichtet an Herrn Reinz, wolle er klarstellen, dass er nicht gesagt habe, dass in Bad Langensalza 30 Jahre lang nicht in die Schule investiert worden sei. Das sei zum Redebeitrag Gymnasium Schlotheim gewesen. Er habe auch nicht gesagt, dass die Alternativen vorher mit den Schulen besprochen werden können. Das könne Herr Reinz tun. Er mache aber einen Vorschlag, um Ruhe hineinzubringen:

Wenn man die Eigeninitiativen der Schulfördervereine, der Eltern die sich wirklich einbringen und in vielen Schulen sei das so, in einigen, die hier diskutiert werden ja nicht, wenn es da wirklich einen Willen gebe, dann sollte man doch endlich den Mut haben zu sagen, man wolle nicht dass der Landrat und die Verwaltung gezwungen werden, für 168 Schüler zu 10.078 Schülern eine Entscheidung zu treffen, da von der Entscheidung für Schlotheim und das Förderzentrum die Investitionen von über 30 Schulen abhängig sei. Man könne den Mut haben, zu sagen, das sei es uns wert und man erhöhe die Kreisumlage zweckgebunden, das gehe rechtlich. Man erhöhe die Kreisumlage um 2,7 % und dann könne man diese Investitionen sichern und den Haushalt zu machen.

Das verstehe auch wieder keiner der Zuschauer, aber die Kreistagsmitglieder verstehen es, weil man genau wisse, dass das, was man hier mache, menschlich verständlich, nur Gerede sei, für das es aber Applaus gebe.

Wenn man am 6. März hier eine Entscheidung treffe, sei dass, was unterm Strich passiere, das Problem. Man mache zwei Schulen mit den Eltern glücklich und viele andere Schulen unglücklich. Dieses Mal sei es auch ein Liquiditätsproblem. Er lasse sich nicht wieder erpressen, wie bei der Salzhalle. Habe man keinen Haushaltsplan, habe man keine Liquidität, da man keine Bedarfszuweisung bekomme. Das heiße, er stoppe die Maßnahmen, weil er nicht für die Entscheidung des Kreistages privat hafte.

Das sei die Ehrlichkeit. Er lasse alles weg und gehe gar nicht so in die Tiefe. Die Postschule hatte über 600 Schüler, jetzt seien es 79. Er habe damals nicht gegen die Stadt Bad Langensalza gekämpft, als man andere Lösungen haben wollte. Nein, der Kreistag habe das entschieden. So sei das gewesen. Man wollte andere Lösungen finden.

Er finde es auch bedauerlich, dass man einfach nicht noch mal in den Akten zurückgeht. Er wisse, man solle nicht in die Vergangenheit, aber man müsse die Vergangenheit verstehen, um etwas für die Zukunft zu machen. Man müsse ehrlich sein und das habe man verlernt.

So sehr er den Elternbrief verstehe, er sage ehrlich, er hätte wahrscheinlich denselben geschrieben, aber es sei eben genau heute so gewesen, alle seien vorgegangen.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Der Landrat erwiderte, das habe er ihm doch gesagt in dem Gespräch. Das wisse er doch.

Sein Problem sei ein anderes. Hier wurde Parteipolitik gemacht. Jeder, der einer anderen Partei angehöre als er, habe für seine Rede tosenden Applaus bekommen. Weil das alle hören wollten. Das sei auch menschlich und normal. Aber keiner der Redner habe eine Lösung angeboten.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Der Landrat wiederholte, eine Lösung angeboten, wie man die Bedingungen akzeptieren und trotzdem etwas bewegen könne. Das werde die Herausforderung in den nächsten drei Wochen sein.

Abschließend wolle er sagen, man müsse am 6. März gar nichts beschließen, man müsse nur ehrlich akzeptieren, dass das eintrete, was eintrete. Dann habe man alle Zeit der Welt.

Gerichtet an Herrn Roth meinte er, dass dieser dieselbe Rede vor fünf Jahren gehalten habe. Dieselbe Rede, er wisse nicht mehr wer, sei vor 10 Jahren gehalten worden. Das habe er in seiner Präsentation mit Blick in die Vergangenheit sagen wollen. Immer wenn es darum gegangen war, den Schlüssel umzudrehen, entstand ein Hype, die Chance zu bekommen, es doch noch hinzubekommen. Und fünf Jahre später habe man dasselbe wieder gesehen.

Man müsse ihm nicht Recht geben, denn dafür bekomme man keinen Applaus, aber man sollte endlich lernen, wenn Politik in Zukunft überhaupt noch eine Rolle spielen soll, ehrlich zu werden, weil das haben alle auch verdient, ehrliche Antworten zu bekommen.

Herr Klupak wandte sich an Herrn Reinz und merkte an, dass vor ihm noch zwei andere Kreistagsmitglieder auf der Rednerliste stehen würden.

Herr Reinz antwortete vom Platz aus.

Herr Klupak erwiderte, dass dies nicht die feine Art sei.

Herr Reinz entgegnete, dass er das wisse, aber es passe gerade zum Thema:

Die Stadt Bad Langensalza zahle an den Landkreis über 8 Mio. EUR Kreisumlage. Zusätzlich zahle die Stadt Bad Langensalza noch über 1 Mio. EUR Schulumlage. Natürlich könne die Stadt noch mehr bezahlen, aber dann ziehe sich nicht nur in Bad Langensalza sondern in allen Kommunen des Unstrut-Hainich-Kreises der Strudel nach unten. Dann seien alle platt.

Er glaube, man sei jetzt wieder an dem Punkt angelangt, wo genau das passiert, dass wenn man das Eine nicht wolle, das Andere alles nicht komme. Er finde das nicht richtig und nicht fair.

Er sage, das sei nicht auf die 30 Jahre in Schlotheim gezogen gewesen, sondern, der Landrat sagte, dass wenn in Schulen investiert werde, nach 30 Jahren erneut investiert werde. Er könne sich nicht erinnern, dass in 30 Jahren überhaupt in die Förderschule

Herr Klupak unterbrach Herrn Reinz. Er habe eine absolute Ausnahme gemacht. Herr Reinz wollte sich kurz äußern. Es gebe zwei weitere Redebeiträge auf der Rednerliste und Herr Reinz könne dann gern noch mal reden, wenn er dran sei.

Herr Görbig gab bekannt, dass man nach der Rede des Herrn Kubitzki eigentlich hätte aufhören sollen. Diese habe nämlich genau das gemacht, was man machen sollte. Herr Kubitzki habe hier die Emotionen rausgenommen. Jetzt nach den Reden des Landrates und des Herrn Reinz sei alles wieder am Kochen und Dampfen. Herr Kubitzki habe im Grunde genau das gesagt, was er sich auch vorgenommen hatte, sagen zu wollen. Einiges habe er aber noch zu ergänzen:

In seiner Funktion als Landrat könne er den Landrat verstehen, dass er in diesen Handlungszwängen sei und die Zahlen und Fakten auswerten und eine Entscheidung herbeiführen müsse. Ob der Kreistag auf diesen Druck eingehe, obliege den Kreistagsmitgliedern. Aber er könne diese Handlungsweise verstehen.

Was er nicht verstehen könne, sei seine Mitgliedschaft in der SPD, die als Bundespartei genau diese Rahmenbedingungen schaffe, die dazu geführt haben, dass der Landkreis jetzt in solcher Bredouille sei. Bundes- und Landespolitik haben Auswirkungen auf Kommunalpolitik und Bundes- und Landespolitik haben diese Rahmenbedingungen nun mal geschaffen, die für diese Pleiten in diesen Landkreisen, es werden noch viel mehr werden, gesorgt haben.

Der Landrat habe vorhin gesagt, der Bund habe kein Geld und das Land habe kein Geld. Das stimme nicht. Der Bund habe Geld und das Land habe Geld, nur für andere Sachen. Das werde man in den kommenden Jahren auch noch mehr zu spüren bekommen. Das sei absehbar.

Er werde für diese Rede keinen Applaus bekommen, das wisse er, weil auch er nicht sagen werde, dass er gegen diese Schließung von diesen Schulen stimmen werde. Das bedeute, dass er sich noch Gedanken darüber machen müsse, welche Fakten für ihn die Wichtigeren seien, wo er abwägen müsse.

Diese Veranstaltung heute war sehr gut, sie habe viele Informationen hervorgebracht. Deshalb sollten auch alle wenigstens eine Nacht über diese Informationen schlafen und sie in den Ausschüssen beraten. Am 06. März werde der Kreistag eine Entscheidung treffen, die auf den heute genannten Fakten basiere. Das sei das einzig Richtige, was man als Kommunalpolitiker tun könne. Populistisch wäre es jetzt, wenn er sagen würde, er sei gegen Schulschließungen auf dem Land. Das könne hier jeder leicht von sich geben und Applaus dafür bekommen. Aber man müsse auch im Hinterkopf haben, wie der Haushalt des Landkreises aussehe und was es für andere Sachzwänge im Landkreis gebe.

Deswegen appelliere er an alle, in sich zu gehen und nicht nur um Applaus zu ernten hier auf Teufel komm raus abzustimmen.

Herr Kunze merkte an, dass er nicht wisse, wie oft er heute hier die Worte Ehrlichkeit und Wahrheit gehört habe. Er komme sich schon fast vor wie in der Kirche. Er wolle kurz auf die Ausführungen des Landrates ganz zu Beginn zurückkommen:

Der Landrat hatte da ausgeführt, dass es zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion ein paar formelle Fehler gegeben habe. Dass es heute zu dieser Sitzung gekommen sei, dafür müsse man eigentlich dem CDU-Antrag dankbar sein. Nur daher könne man überhaupt über das Thema debattieren.

Wenn der Landrat sage, er wolle am 06. März keine Ausführungen mehr zu diesen Tagesordnungspunkten machen, wann wollte er sie denn dann machen?

Der Landrat redete vom Platz aus und meinte, nach dieser Sitzung. Herr Kunze solle richtig zuhören.

Herr Kunze fuhr fort. Nach dieser Sitzung also.

Er wolle mal darstellen, wie das Verhältnis Kreistag und Landrat sei. Die Kreistagsmitglieder hatten nach der letzten Kreistagssitzung im Herbst vier oder fünf E-Mails bekommen, es werde vertagt, verschoben, abgesagt. Dann sei eine Mail gekommen, dass die Kreistagssitzung am 06. März stattfinde.

Den Stein ins Rollen gebracht zu diesem Thema Schulschließung habe ja der Brief an die Eltern. Dieser habe zu der Debatte und den Emotionen geführt. Deswegen sei er schon sehr verwundert oder auch wieder nicht, er sei ja auch schon drei Jahre im Kreistag, über die Arbeit Kreistag und Landrat. Der Landrat überfahre oder überrumpele den Kreistag nicht selten. Er sehe es so, wenn es heute zu dieser Sitzung nicht gekommen wäre, hätte man 14 Tage vor dem 06. März die Tagesordnung bekommen und der Landrat hätte die Kreistagsmitglieder wie schon des Öfteren überfahren. Mit so einem Thema, Schulschließung, so salopp umzugehen, darüber sei er sehr erstaunt.

Der Landrat hatte die Augen verzogen als es kinderfreundlicher Landkreis hieß. Natürlich gehören Schulen zu einem kinderfreundlichen Landkreis. Das könne er nicht ganz nachvollziehen.

Wie Herr Kubitzki schon sagte, man müsse das ausbaden, was in Bund und Land oben entschieden werde. Sein Vorredner habe es auch schon erwähnt, die SPD sei auf allen Ebenen dort mit eingebunden.

Hinsichtlich der Ausführungen des Landrates von über einer Stunde zu den Zahlen, den Investitionen der Schulen müsse er ganz ehrlich sagen, sei er auch erschlagen, dort 6 Mio. EUR, dort 4 Mio. EUR, da 100 TEUR und da 200 TEUR.

Er habe mal vor zwei Jahren an einer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses teilgenommen und darauf hingewiesen, dass man mal irgendwo eine Kennzahl abbilden müsse, wie viele Investitionen pro Schüler in eine Schule investiert würden, um ein Gefühl zu bekommen. Diese Kennzahl gebe es bundesweit und er wisse nicht, warum es hier im Unstrut-Hainich-Kreis so weit nicht gekommen sei.

Im Durchschnitt werden 9.200 EUR investiert bzw. seien das die Kosten, die pro Schüler 2022 entstanden seien. Das sei die letzte aktuelle Zahl.

Heute habe er zufällig einen Presseartikel von 2020 gefunden, da wurden 8.500 EUR pro Kopf pro Schüler pro Jahr investiert. Das seien 1.700 EUR, die die Kommunen für Investitionen und laufende Kosten aufbringen müssen. Nun beziehe er sich auf den heutigen Zeitungsartikel, der sehr interessant gewesen war, ihn aber auch verwundert habe. Dort sei zitiert worden, dass in den fünf Jahren im Gymnasium 91 TEUR investiert worden sind. Heute sei ja schon beiläufig erwähnt worden, dass der Plan das Seilergymnasium platt zu machen, schon länger bestehe. 91 TEUR seien im Durchschnitt bei 255 Schülern 71 EUR pro Jahr. Das sei nicht viel im Gegensatz zu 1.700 EUR.

Er wolle noch ein paar Stichpunkte nennen:

Der Landrat hatte eingangs zu den Konzessionsverträgen, den Busfahrplan Bothenheilingen – Kleinwelsbach betreffend, ausgeführt. Das stimme überhaupt nicht. Der Busvertreter habe ihm gesagt, der Landrat wisse, wen er meine, diese Konzessionsverträge für diese Strecke gebe es und die habe die Fa. Weingardt übernommen. Diese Strecke sei auch schon gefahren worden. Von der Stadt Nottertal-Heilingen Höhen sei vor zwei oder fast drei Jahren darauf hingewiesen worden, dass es zwingend notwendig sei, das heiße, dass der Wunsch da sei, dass die Kinder auch nach Schlotheim kommen und den Schulstandort dadurch stärken. Das habe der Landrat dann demzufolge auch nicht so umgesetzt und sei mit dem Argument gekommen, die Konzessionsverträge gäbe es nicht bzw. liegen nicht vor. Also irgendeiner sage hier nicht die Wahrheit. Das sollte man vielleicht noch mal prüfen.

Er denke, es seien über 20 Schüler, so wie ihm mitgeteilt worden sei, die dann die Möglichkeit hätten, in Schlotheim die einzelnen Schulen zu besuchen.

Dann habe der Landrat die Unternehmer kritisiert oder sich abwertend geäußert. Das könne er auch nicht nachvollziehen, denn man sei ja in Schlotheim ein Industriestandort mit ca. 1300 Arbeitsplätzen. Da sei es natürlich wichtig, dass diese Unternehmer Arbeitskräfte zur Verfügung haben und auch qualifiziertes Personal. Es habe schon den Einen oder Anderen gegeben, der nach Schlotheim gezogen sei, auch mit der Absicht, dass dort alle drei Schulformen vorhanden seien. Deswegen könne er diese Äußerung auch nicht ganz nachvollziehen.

Dass Lehrer fehlen sei heute auch schon angesprochen worden. Das sei seit Jahrzehnten bekannt. Die Frage sei, warum sei man politisch nicht auf dem Weg, das zu korrigieren. Wie lange wolle man da noch warten? Es gebe andere Bereiche, in denen es funktioniere, siehe Integration. Da spiele Geld keine Rolle. Dort werde Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, siehe Gemeinschaftsunterkunft Obermehler. Da werde richtig investiert und das mehr oder weniger jährlich. Dann sollte man auch in die anderen Richtungen gehen und gerade in die Schulstandorte investieren und vor allem nicht auf die Idee kommen, Schulstandorte zu schließen, um den Haushalt zu retten.

Herr Klupak stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gebe. Damit könne er die Sitzung beenden.

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Klupak
stellvertretende Kreistagsvorsitzender

Junker
Schriftführerin